



Foto: Lokale Agenda 21

Ideen der WienerInnen und Wiener zur Umwelt in der Stadt sind gefragt.

tiertes Vorgehen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität in Wien zu beschreiben. Um ein möglichst hohes Commitment zum Umweltschutzbild zu sichern, wird der Arbeitsprozess offen und transparent gestaltet und alle für die Konzeption und Umsetzung relevanten AkteurInnen werden eingebunden.

Modell der Lokalen Agenda 21 in 5 Bezirken

Nach Abschluss der Testphase der Lokalen Agenda 21 im 9. Bezirk startete im Herbst 2002 ein neues Umsetzungsmodell für eine wienweite Lokale Agenda 21 (LA 21). Der Lokale-Agenda-21-

Beirat wählte 5 Bezirke aus, in denen die ersten LA-21-Prozesse der gemischtstädtischen Lokalen Agenda 21 laufen sollten. Es handelte sich dabei um den 9. Bezirk, der verlängert wurde, und um 4 neue Bezirke: Margareten, Neubau, Rudolfsheim-Fünfhaus und Donaustadt. Der LA-21-Beirat setzt sich aus Fachleuten der Stadtverwaltung, WissenschaftlerInnen und aus jenen BezirksvorsteherInnen zusammen, in denen Lokale-Agenda-21-Prozesse laufen. Seine wesentlichsten Aufgaben sind die jährliche Auswahl der „Agendabezirke“, die Auswahl des Unternehmens, das für das „Agendabüro“ im Bezirk verantwortlich ist, und unterstützende Aufgaben für den Verein „Lokale Agenda 21“ im Bereich der inhaltlichen Steuerung und der Ergebnissicherung. Nach der Auswahl der „Agendabezirke“ schrieb die Koordinationsstelle, der Verein „Lokale Agenda 21“ in Wien, für jeden der 5 Bezirke das Prozessmanagement, „Agendabüro“ genannt, EU-weit aus.

Im Frühjahr 2003 erfolgte nach intensiven Verhandlungsrunden die Vergabe der Aufträge. Für die LA 21 in Margareten ist das Polycollege zuständig, das Agendabüro im 7. Bezirk betreibt das Österreichische Ökologie Institut, im 15. Bezirk wird das Prozessmanagement von der Bietergemeinschaft Dipl.-Ing. Emrich und Creaktiver Unternehmensberatung durchgeführt und im 22. Bezirk ist die ÖAR Regionalberatung GesmbH in Kooperation mit PlanSinn GmbH &

CoKEG tätig. Im 9. Bezirk gewann die Volkshochschule Nordwest die Ausschreibung und konnte damit die bisherige Arbeit fortsetzen.

Die finanzielle Unterstützung eines LA-21-Prozesses beläuft sich auf eine Dauer von 3 bis 4 Jahren. Die im Jahr 2003 startenden 5 LA-21-Prozesse laufen jeweils 4 Jahre. Das Finanzierungsmodell sieht vor, dass 50 % der Prozesskosten aus dem zentralen Budget der Stadt Wien und mindestens 50 % aus dem Bezirksbudget kommen.

Zusätzlich verpflichten sich die Bezirke, die von Agendagruppen entwickelten Projekte nach Maßgabe der finanziellen Mittel zu realisieren. Jährlich wird der wienweite LA-21-Prozess nun um einen Bezirk erweitert. Im Frühjahr 2004 startet Liesing mit seiner Lokalen Agenda 21.

Die Lokale Agenda 21 ist kein einfaches Unterfangen, da hohe Anforderungen an die Prozessumsetzung gestellt werden. Es geht darum, viele Menschen einzubinden – auch jene, die gewöhnlich selten an solchen Prozessen teilnehmen. Leitbilder und Projekte sollen Ökologie, Ökonomie und Soziales integrativ berücksichtigen. Mit der Umsetzung der Projekte soll eine nachhaltige Bezirksentwicklung erreicht werden, die beteiligten AkteurInnen sollen zum Verhandeln und zu stärker kooperativem Vorgehen gebracht werden. Weiters gilt es, unterschiedliche Sichtweisen für die Vervielfachung von Wissen zu nutzen, Konsenslösungen zu finden und Strukturen aufzubauen, die über die ersten 4 Jahre hinaus einen langfristigen, dauerhaften LA-21-Prozess ermöglichen.

Langfristig angelegte Bezirksentwicklung

Aufgrund des primär „bottom up“-orientierten Ansatzes ergeben sich im Ablauf der Wiener Prozesse Abweichungen zu LA-21-Prozessen, wie sie aus österreichischen Gemeinden oder auch internationalen Beispielen bekannt sind. Einerseits ist die Wiener Lokale Agenda 21 stark handlungs- und umsetzungsorientiert, da ein wichtiges Ziel die Beteiligung der BürgerInnen ist. Diese ist, wie auch die kürzlich erschienene Studie des Zentrums für Soziale Innovation „Lokale-Agenda-21-Prozesse in Österreich: Neue Formen der partizipativen Demokratie?“ zeigt, am besten

die in die Empfehlung der LandesumweltreferentInnen und des BMLFUW mündeten, dass in allen Ländern derartige Umweltqualitätszielsysteme erarbeitet und angewendet werden. Des Weiteren waren die NachhaltigkeitskoordinatorInnen damit befasst, gemeinsame Strategien, Rahmenbedingungen und Bearbeitungsstrukturen für Prozesse im Sinne der Lokalen Agenda 21 zu definieren und die – ebenfalls von den LandesumweltreferentInnen und dem Bundesminister für Umwelt beschlossenen – regionalen Nachhaltigkeitsstrategien zu akkordieren.

Umweltschutzbild als Beitrag für nachhaltige Entwicklung

Dieses moderne Verständnis einer vorsorgeorientierten Umweltpolitik ist Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Umweltschutzbildes der Stadt Wien, woran die MA 22 – Umweltschutz arbeitet. Die Erstellung eines Umweltschutzbildes der Stadt Wien ist auch ausdrücklicher Wunsch von Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl, sodass die Magistratsabteilung 22 – Umweltschutz damit beauftragt wurde. Mit dem Umweltschutzbild soll ein wesentlicher Beitrag zum ganzheitlichen Konzept der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“ geleistet werden. Absicht dieses Projektes ist es, eine zukunftsfähige Entwicklungsrichtung des Umweltschutzes in Wien mit all seinen Wechselwirkungen in andere Lebens- und Politikbereiche aufzuzeigen und ein zielorien-

durch die Arbeit an gemeinsamen, konkreten Anliegen zu erreichen. In diesem Sinne beginnt die Lokale Agenda 21 in Wien auch nicht mit der Erstellung von Lokalen-Agenda-21-Aktionsplänen oder -Leitbildern, sondern holt die Menschen dort ab, wo es um ihre Bedürfnisse im Bezirk geht, wo verschiedene Menschen gemeinsam Veränderungen wollen. Damit ist der idealtypische lineare Ablauf Leitbilderstellung, Maßnahmenentwicklung und Umsetzung der Maßnahmen nicht sinnvoll. Passender ist das Bild eines Prozesses, der in Schleifen verläuft, wo anhand konkreter Projektideen der Bevölkerung in einem reflexiven Schritt Leitbilder und Visionen einer nachhaltigen Bezirksentwicklung entstehen, diese im Laufe des Prozesses fortgeschrieben werden und neu entstehenden Agendagruppen zur Orientierung zur Verfügung stehen. Dafür sind eigene Leitbildgruppen vorgesehen.

In der Anfangsphase der 4 neuen Agendabezirke im Jahr 2003 standen folgende Aufgaben im Mittelpunkt: die Einrichtung der Steuertteams, die Erhebungen der Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in den Bezirken („Bezirksanalyse“), der Aufbau der Kontakte mit den in den Bezirken tätigen Institutionen, um ein gutes Netzwerk der Unterstützung zu erhalten, Auftaktveranstaltungen und die Bildung der ersten „Agendagruppen“. Alle Bezirksanalysen wurden so angelegt, dass vorrangig qualitative Interviews mit Personen aus Institutionen und Organisationen des Bezirks sowie mit der Bevölkerung geführt wurden. Zusätzlich wurde Datenmaterial z. B. zur Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, zur Verkehrssituation etc. ausgewertet. Es stellte sich aber heraus, dass viele Daten auf Bezirksebene nicht oder nur nach erheblichem Aufwand zur Verfügung stehen.

Als Auftaktveranstaltungen wurden von den Agendabüros unterschiedliche Formen gewählt: In Neubau war es ein großes Fest, das auch Auftakt für nachfolgende „Agendatreffs“ war, bei denen interessierte Menschen aus dem Bezirk und auch Personen aus Institutionen themenbezogen diskutieren konnten und sich daraus dann Agendagruppen mit konkreten Projekten entwickelten. Im 15. und 22. Bezirk erfolgte der Auftakt in Form von „open space“-Veranstaltungen, bei denen die Anwesenden ihre Anliegen vorbrachten, diese wurden thematisch geclustert und in Kleingruppen wurde diskutiert. Damit waren die ersten Agendagruppen gegründet. Im 5. Bezirk wurde zur Bildung von Agendagruppen mit 2 Veranstaltungen gearbeitet: einer Auftaktveranstaltung und einem kurz darauf stattfindenden Zukunftswerkshop. Die TeilnehmerInnenzahlen waren insgesamt zufriedenstellend, zu dem Fest kamen rund 1.000 BesucherInnen. Die anderen Veranstaltungen wurden von 80 bis 160 Personen besucht.

staltungen, bei denen die Anwesenden ihre Anliegen vorbrachten, diese wurden thematisch geclustert und in Kleingruppen wurde diskutiert. Damit waren die ersten Agendagruppen gegründet. Im 5. Bezirk wurde zur Bildung von Agendagruppen mit 2 Veranstaltungen gearbeitet: einer Auftaktveranstaltung und einem kurz darauf stattfindenden Zukunftswerkshop. Die TeilnehmerInnenzahlen waren insgesamt zufriedenstellend, zu dem Fest kamen rund 1.000 BesucherInnen. Die anderen Veranstaltungen wurden von 80 bis 160 Personen besucht.

Konkrete Projekte in den Agendabezirken

In allen Bezirken gelang es, Menschen zum Mitmachen zu motivieren, so arbeiten mit Frühjahr 2004 35 Agendagruppen (inklusive dem 9. Bezirk) mit 5 bis 15 Mitgliedern an unterschiedlichen Themen. Ein Schwerpunkt sind Verkehrsthemen, die mit Nutzungs- und Gestaltungsfragen des öffentlichen Raumes verbunden sind. Dazu zählen die Pläne zur Neugestaltung der Sechshauser Straße im Bereich Gürtel-Stieggasse, die Agendagruppen „Grätzl Augustin Platz“ und ARAL (Andreassgasse/Richtergasse/Andlergasse/Lindengasse), bei denen es um Fragen der Verkehrsberuhigung geht, und Agendagruppen zum Thema „Radfahren“ wie „Schülerfreundliches Radfahren“ und „Radstände Bushaltestelle Kirschenallee“. Ebenfalls stark vertreten ist das Thema „Kultur“, insbesondere im 5. Bezirk. Dort geht es in der Gruppe „KUKA“ um einen lebendigen Kulturkalender, d. h. monatliche kulturelle Events an ungewöhnlichen Orten, oder in der Agendagruppe „KUFEISO“ um verschiedene Formen des interkulturellen Austausches. Im 7. Bezirk wurde ein Stadtteiltheater gegründet und im 15. Bezirk arbeitet eine Gruppe an einer Fotoausstellung zur Imageverbesserung des Bezirks.

Im 9. Bezirk wurde die Lokale Agenda-21-Arbeit aus der Pilotphase fortgesetzt. Schwerpunkt von Aktivierungsmaßnahmen 2003 war das Lichtental, ein nach sozioökonomischen Indikatoren eher schlechter gestelltes Grätzl. Insbesondere wurde versucht, mit den BewohnerInnen internationaler Herkunft durch Informations- und Aktivierungsgespräche in

Kontakt zu treten. Ende Mai wurden mit dem Grätzelfest und dem traditionellen „Picknick im Park“ zusätzliche Akzente gesetzt. Intensive Informationsarbeit wurde auch im Vorfeld der Befragung zur „Wohnstraße oder Fußgängerzone Servitengasse“ geleistet und durch einen hohen Rücklauf an Fragebögen belohnt. Die Mehrheit der AnrainerInnen sprach sich für die Beibehaltung der Wohnstraße aus. Im Rahmen der Befragung wurden zusätzlich verschiedene Verbesserungsvorschläge für die Wohnstraße erhoben, die im Frühjahr 2004 auf ihre technische Umsetzbarkeit hin überprüft werden. Erfolgreich war auch die Agendagruppe Himmelfortgrund, die sich mit dem starken Durchzugsverkehr im Bereich zwischen Währinger Gürtel, Nußdorfer Straße und Fuchsthalergasse befasste. Sie erhob die Ist-Situation und erarbeitete verschiedene Lösungsvarianten. Diese wurden in einer BürgerInnenversammlung mit 40 TeilnehmerInnen vorgestellt. In einer konstruktiven Atmosphäre konnte eine Konsensvariante zur Reduktion des Durchzugsverkehrs gefunden werden, mit der Umsetzung ist im Frühjahr 2004 zu rechnen.

Besonders am Beispiel des 9. Bezirks mit seinem schon 5 Jahre laufenden Agendaprozess zeigt sich, dass gerade aus der Sicht der BürgerInnen es einige Zeit dauert, bis ein Projekt umgesetzt werden kann. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits kann es einige Zeit dauern, bis die Agendagruppe eine für sie zufriedenstellende Lösung gefunden hat, in der Diskussion mit den ExpertInnen der Stadtverwaltung können sich technische Probleme für die Umsetzung herausstellen, sodass die Agendagruppe das Projekt verändern muss, und neben der technischen Planung muss auch die Finanzierung rechtzeitig gesichert sein. Geduld ist daher gefragt. Alles in allem war das Jahr 2003 für die Lokale Agenda 21 in Wien ein erfolgreiches Jahr: Das neue Umsetzungsmodell der wienweiten Lokalen Agenda 21 konnte implementiert werden, der Start der 4 neuen Agendabezirke gelang gut und im schon länger laufenden LA-21-Prozess des Alsergrundes konnten einige der Projekte so vorangetrieben werden, dass sie vor der Realisierung stehen. Informationen im Internet: <http://www.la21wien.at>

EU-Forschungsprojekt PRESUD

Will man über die nachhaltige Entwicklung einer Stadt berichten (Ist-Zustand, Ziele, Fortschritte etc.), stellt sich auch die Frage, wie man Nachhaltigkeit überhaupt messen bzw. beurteilen kann.

Wenn man den Fortschritt messen will, wird die Suche nach Messinstrumenten unerlässlich.

Die Stadt Wien nimmt deswegen an dem EU-Projekt PRESUD (Peer Reviews for European Sustainable Development) teil. In diesem Projekt wird versucht, dieses Unmessbare zu bewerten (mehr siehe Kapitel „Wien und Europa“).

Projekt ÖKOPOLIS – Ressourcenmanagement diffuser Metallemissionen

Die größten Erfolge im Umweltschutz in den vergangenen Jahrzehnten waren drastische Reduktionen punktförmiger Emissionen aus dem Produktionssektor und der Abfallwirtschaft, die mittels Einsatzes effizienter Filterstrategien erzielt wurden. Ein bedeutendes gegenwärtiges Aufgabengebiet des Umweltschutzes sind Emissionen aus der Nutzung von Produkten, die von vielen, teilweise schwer identifizierbaren Quellen ausgehen und daher auch als diffuse Emissionen bezeichnet werden. Durch steigenden Materialkonsum und wachsende Materiallager können diffuse Emissionsquellen in Ballungsräumen größere Umweltbelastungen als punktförmige Emissionsquellen verursachen. Eine Lösung des Problems mit klassischen End-of-pipe-Technologien ist meist nicht möglich. Hier ist langfristige, vorsorgende Planung und frühzeitige Steuerung notwendig, um die Nutzung von Produkten für die Umwelt verträglich und nachhaltig zu gestalten. Diffuse Emissionen aus Bauwerken und dem Straßenverkehr können problematische Metallbelastungen des Erdreichs, des Grundwassers oder der Oberflächengewässer bewirken. Die bedeutendsten urbanen Emissionsquellen und deren Belastungspotenzial wurden im Projekt bestimmt:

- für Zink: verzinkte, walzblanker oder vorbewitterte Bleche für Dachdeckung und Fassadenverkleidung sowie verzinkte Trinkwasserrohre und Autoreifen;

- für Kupfer: Trinkwasserrohre, Bremsbeläge, walzblanker oder vorbewitterte Bleche für Dachdeckung und Fassadenverkleidung;
- für Blei: PVC an Gebäudehüllen und für Wasserleitungen, Treibstoffe (durch „natürlichen“ Bleigehalt), unbeschichtete Bleibleche für Dachanschlüsse und bleiummantelte Stromkabel.

Auch verträgliche Einsatzgebiete und Alternativmaterialien wurden aufgezeigt. So sind beispielsweise diffuse Aluminiumemissionen aus Bauwerken für die Umwelt verträglich.

Für das Management problematischer diffuser Emissionen wurden im Projekt Strategien erstellt, die wichtigsten Steuerschrauben erkannt, Maßnahmen entworfen und erste Schritte sowie Handlungsempfehlungen für die Umsetzung eingeleitet (Wiener Wohnbauförderung, Wiener Bauordnung, Projekt ÖkoKauf Wien, Öffentlichkeitsarbeit u. a.). Mit dem entwickelten methodischen Vorgehen können regional bezogene Aussagen getroffen werden. Es stehen nicht Stoffverbote im Vordergrund, sondern die Festlegung verträglicher Grenzfrachten und damit eines verträglichen Materialeinsatzes – ein Ressourcenmanagement. Die zukünftigen Umweltbelastungen (Früherkennung) durch diffuse Metallemissionen wurden prognostiziert und auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, effektiv entgegenzusteuern und somit vorsorgenden Umweltschutz zu betreiben. Das Projekt wurde von der MA 22 und dem Wissenschaftsministerium beauftragt und von der RMA (Ressourcen Management Agentur) durchgeführt.

Nachhaltiges Österreich IV

Das Projekt „Betreuung des Akteursnetzwerkes Nachhaltiges Österreich“, kurz „Nachhaltiges Österreich IV“, besteht im Wesentlichen aus 2 Teilen, dem „Round Table Nachhaltiges Österreich“ und dem „Journal Nachhaltigkeit“.

„Round Table Nachhaltiges Österreich“: Ziel dieser bereits seit 6 Jahren durchgeführten, zweitägigen Dialogveranstaltungen (der 1. „Round Table Nachhaltiges Österreich“ fand im November 1998 statt) ist es, österreichische Nachhaltigkeits-AkteurInnen über laufende und geplante Aktivitäten zu

wichtigen Sachthemen im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ zu informieren. Weiters sind die Round-Table-Veranstaltungen als Plattform zum Meinungsaustausch und für Diskussionen gedacht und sollen zukünftig verstärkt auch als Ideenbörse für Kooperationen oder andere Partnerschaften im Rahmen verschiedenster Projekte und Initiativen im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ genutzt werden. Auch der interaktive Workshopcharakter der einzelnen Veranstaltungen soll zukünftig verstärkt werden.

Die Round-Table-Veranstaltungen werden künftig nur mehr einmal pro Jahr stattfinden.

Das neue „Journal Nachhaltigkeit“ soll die Netzwerkmitglieder und andere ausgewählte Zielgruppen über aktuelle Entwicklungen, Projekte, Umsetzungserfolge und Konzepte im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ in Österreich informieren. Schwerpunkte dabei werden auch die Aktivitäten im Zusammenhang mit Lokalen Agenda-21-Prozessen sein. Die erste Ausgabe des neuen Journals soll Anfang April 2004 erscheinen. Auftragnehmer für das Projekt ist die Bietergemeinschaft „ARGE Nachhaltiges Österreich Wallner & Schauer + SPES Akademie“. Das Projekt wird vom Bund und von allen Bundesländern finanziert.

Wissenschaftliche Umwelt-Arbeiten ausgezeichnet

Im November 2003 wurden insgesamt 15 junge WissenschaftlerInnen mit dem „Förderpreis für wissenschaftliche Arbeiten“ der MA 22 – Wiener Umweltschutzabteilung ausgezeichnet, der mit insgesamt rund 7.000 Euro dotiert war. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Stadtverwaltung vertieft und Forschungsergebnisse sollen besser bei der praktischen Umweltschutzarbeit genutzt werden. Bei den eingereichten Arbeiten handelt es sich vorwiegend um Diplomarbeiten und Dissertationen zu Themen aus dem Umweltbereich; Schwerpunkte waren diesmal Abfallwirtschaft und Naturschutz. Die Bandbreite der wissenschaftlichen Themen war aber auch heuer wieder groß: Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärmschutz wurden ebenso behandelt wie Themen des Umweltrechts oder der Informationstechnologien im Umweltbereich. 7 der heuer ausgezeichneten WissenschaftlerInnen sind Absolventen der BOKU. Auch waren dieses Jahr besonders viele AbsolventInnen von technischen Universitäten mit ihren Arbeiten vertreten.